

zur sofortigen Veröffentlichung bestimmt

Israel/OPT

Petition: Schweiz soll Druck gegen israelisches Todesstrafengesetz erhöhen

Zürich (8. April 2026) – [medico international schweiz](#) fordert gemeinsam mit Amnesty International den Bundesrat in einer neu lancierten Petition dazu auf, entschieden gegen das israelische Todesstrafengesetz vorzugehen. Das Gesetz ist klar diskriminierend und richtet sich de facto nur gegen Palästinenser*innen. Militärgerichte im besetzten Westjordanland werden ermächtigt, die Todesstrafe als Standardbestrafung gegen Personen zu verhängen, die unter dem Vorwurf des Terrorismus verurteilt werden.

Mit der Petition fordern Amnesty International Schweiz und medico international schweiz den Bundesrat auf, das Gesetz öffentlich und klar zu verurteilen. Er soll zudem politische, diplomatische und wirtschaftliche Mittel einsetzen, um auf die israelische Regierung einzuwirken und die Aufhebung des Gesetzes zu verlangen. Wer sich wie die Schweiz weltweit gegen die Todesstrafe einsetze, müsse in diesem Fall konsequent handeln, erklären die Organisationen.

Die Organisationen kritisieren das neue israelische Todesstrafengesetz als völkerrechtswidrig, diskriminierend und mit dem Recht auf Leben unvereinbar. Es sieht insbesondere vor, dass Militärgerichte im besetzten Westjordanland Todesurteile bei Tötungen durch Terrorakte verhängen sollen, ohne Recht auf Begnadigung. Eine Umwandlung in lebenslange Haft ist nur in Ausnahmefällen möglich, die Todesstrafe soll durch Erhängen erfolgen. Es handelt sich laut Amnesty International um eines der extremsten Todesstrafengesetze weltweit.

Die Petition kann ab sofort online unterzeichnet werden:

<https://action.amnesty.ch/de/petition-todesstrafe-israel-opt-2026/>

Unsere Forderungen an den Bundesrat

Wir fordern den Bundesrat auf, jetzt wirksamen Druck auf die israelische Regierung auszuüben und dazu insbesondere:

1. Das neue israelische Todesstrafengesetz öffentlich, klar und unmissverständlich als völkerrechtswidrig, diskriminierend und mit der Menschenwürde unvereinbar zu verurteilen.
2. Den politischen Dialog mit Israel gezielt zu nutzen, um die sofortige Rücknahme des Gesetzes zu verlangen, und diese Forderung systematisch in allen bilateralen Kontakten zu platzieren.
3. Sich gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten – insbesondere auf multilateraler Ebene wie im Europarat und bei der UNO – aktiv für konkrete politische Konsequenzen einzusetzen, falls das Gesetz nicht aufgehoben wird.
4. Konkrete wirtschaftliche und diplomatische Massnahmen zu ergreifen und umzusetzen, einschliesslich der Aussetzung des Freihandelsabkommens Schweiz–Israel, solange schwere Menschenrechtsverletzungen fortbestehen.
5. Die konsequente, weltweite Ablehnung der Todesstrafe als festen Bestandteil der Schweizer Aussenpolitik glaubwürdig und kohärent durchzusetzen.

Kontakt

medico international schweiz, Alice Froidevaux, +41 (0)79 417 24 14 oder alice.froidevaux@medicointernational.ch

Medienstelle von Amnesty International Schweiz, +41 (0)79 379 80 37 oder presse@amnesty.ch